



RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION

Brüssel, den 28. Februar 2006 (30.03)
(OR. fr)

16116/05

PUBLIC 12

VERMERK

Betr.: MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES
DEZEMBER 2005

Dieses Dokument enthält

- in **Anlage I** eine Aufstellung der vom Rat im Dezember 2005 endgültig angenommenen Rechtssetzungsakte sowie in **Anlage II** die Protokollerklärungen, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. In der Aufstellung sind auch etwaige Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, Erklärungen zur Stimmabgabe sowie die Abstimmungsregeln vermerkt;
- in **Anlage III** eine Aufstellung der sonstigen vom Rat im Dezember 2005 angenommenen Rechtsakte¹, in der gegebenenfalls auf Abstimmungsergebnisse, Erklärungen zur Stimmabgabe sowie Erklärungen hingewiesen wird, die gemäß Beschluss des Rates veröffentlicht werden.

Vorliegendes Dokument ist auch über die Internet-Site <http://ue.eu.int> unter der Rubrik "Dokumente" – "Aufstellung der Rechtsakte des Rates" zugänglich.

Maßgebend sind ausschließlich die Protokolle betreffend die endgültige Annahme der Rechtssetzungsakte. Die Auszüge aus den betreffenden Protokollen können beim Dienst "Transparenz" über E-Mail unter der Adresse transparency@consilium.eu.int angefordert werden.

¹ Mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, Beschlüsse von durch internationale Übereinkünfte eingesetzten Organen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw.

DEZEMBER 2005			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGELN
2695. Tagung des Rates (Verkehr, Telekommunikation, Energie) vom 1. und 5. Dezember 2005 Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Entscheidung Nr. 2256/2003/EG im Hinblick auf eine Verlängerung des Programms bis 2006 zur Verbreitung empfehlenswerter Verfahren und Beobachtung der Einführung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufhebung der Richtlinie 90/544/EWG des Rates über die Frequenzbänder für die koordinierte Einführung eines europaweiten terrestrischen öffentlichen Funkrufsystems in der Gemeinschaft Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Elektrizitätsversorgung und von Infrastrukturinvestitionen	PE-CONS 3658/05		Qualifizierte Mehrheit
	PE-CONS 3657/05 + COR 1 (lt) + REV 1 (sk)		Qualifizierte Mehrheit
	PE-CONS 3654/05 + COR 1 (es) + COR 2 (it) + REV 1 (da) + REV 2 (fi) + REV 3 (pl)	131/05	Qualifizierte Mehrheit

DEZEMBER 2005			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGELN
Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erstellung einer gemeinschaftlichen Liste der Luftfahrtunternehmen, gegen die in der Gemeinschaft eine Betriebsuntersagung ergangen ist, sowie über die Unterrichtung von Fluggästen über die Identität des ausführenden Luftfahrtunternehmens und zur Aufhebung des Artikels 9 der Richtlinie 2004/36/EG	PE-CONS 3660/05 + COR 1 (fi) + COR 2 (pt) + COR 3 (sl) + REV 1 (pl)		Qualifizierte Mehrheit
2696. Tagung des Rates (Justiz und Inneres) vom 1. und 2. Dezember 2005			
Richtlinie des Rates über Mindestnormen für Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Zuerkennung und Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft	12983/05 + REV 1 (pl) + REV 2 (fi) + REV 2 COR 1 (fi) + REV 3 (es)	132/05, 133/05, 134/05, 135/05	Einstimmigkeit
Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zur Erleichterung der Verfahren zur Beantragung und Erteilung von Visa für die Mitglieder der olympischen Familie, die an den Olympischen und/oder Paralympischen Winterspielen 2006 in Turin teilnehmen	PE-CONS 3656/05		Qualifizierte Mehrheit

DEZEMBER 2005			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGELN
2697. Tagung des Rates (Umwelt) vom 2. Dezember 2005			
Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Schaffung eines Europäischen Registers zur Erfassung der Freisetzung und Verbringung von Schadstoffen und zur Änderung der Richtlinien 91/689/EWG und 96/61/EG des Rates	PE-CONS 3648/05 + COR 1 (sl) + COR 2 (nl) + COR 3 (fr) + COR 4 (fi) + COR 5 (es) + COR 6 (sv) + COR 7 + COR 8 (da) + REV 1 (pl) + REV 2 (de) + REV 3 (pl) + REV 4 (de)	136/05, 137/05, 138/05	Qualifizierte Mehrheit
2699. Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) vom 8. und 9. Dezember 2005			
Verordnung des Rates zur Festsetzung der Orientierungspreise und der gemeinschaftlichen Produktionspreise für bestimmte Fischereierzeugnisse für das Fischwirtschaftsjahr 2006 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 104/2000	14615/05 + REV 1 (lv)		Qualifizierte Mehrheit

DEZEMBER 2005			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGELN
Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur 29. Änderung der Richtlinie 76/769/EWG des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten für Beschränkungen des Inverkehrbringens und der Verwendung gewisser gefährlicher Stoffe und Zubereitungen (als krebserzeugend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsgefährdend – k/e/f – eingestufte Stoffe)	PE-CONS 3644/05 + REV 1 (pl) + REV 2 (hu)	139/05	Qualifizierte Mehrheit
Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2000/14/EG über die Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über umweltbelastende Geräuschemissionen von zur Verwendung im Freien vorgesehenen Geräten und Maschinen	PE-CONS 3661/05		Qualifizierte Mehrheit
Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verwendung von ohne Fahrer gemieteten Fahrzeugen im Güterkraftverkehr (kodifizierte Fassung)	PE-CONS 3650/05		Qualifizierte Mehrheit

DEZEMBER 2005			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGELN
2700. Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen) vom 12. Dezember 2005			
Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 77/388/EWG hinsichtlich der Geltungsdauer des Mehrwertsteuer-Mindestnormalsatzes	14308/05 + COR 1 (lv) + COR 2 (fi)	140/05	Einstimmigkeit
Entscheidung des Rates zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft ein Abkommen zu schließen, das von Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 3 der Sechsten Richtlinie 77/388/EWG zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern abweichende Bestimmungen enthält	14923/05		Einstimmigkeit
Entscheidung des Rates zur Ermächtigung Deutschlands, mit der Schweiz ein Abkommen zu schließen, das von den Artikeln 2 und 3 der Sechsten Richtlinie 77/388/EWG des Rates zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern abweichende Bestimmungen enthält	14921/05		Einstimmigkeit
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 3605/93 im Hinblick auf die Qualität der statistischen Daten im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit	10524/2/05 + REV 2 COR 1 (el) + REV 2 COR 2 (es) + REV 3 (it) + REV 4 (lt) + REV 5 (fi) + REV 6 (lv)		

DEZEMBER 2005			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGELN
2702. Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei) vom 20., 21. und 22. Dezember 2005			
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein	13465/05 + COR 1 (it) + COR 2 (es)	141/05	Qualifizierte Mehrheit
Verordnung des Rates zur Einrichtung eines FLEGT-Genehmigungssystems für Holzeinfuhren in die Europäische Gemeinschaft	13660/05 + COR 1 (da) + REV 1 (de) + REV 2 (lv) + REV 3 (lv)	142/05, 143/05	Qualifizierte Mehrheit
Vorschlag für Verordnung des Rates zur Einführung eines Wiederauffüllungsplans für Schwarzen Heilbutt im Rahmen der Organisation für die Fischerei im Nordwestatlantik	14486/05 + REV 1 (lv)		Qualifizierte Mehrheit
Verordnung des Rates mit Maßnahmen zur Wiederauffüllung der südlichen Seehecht- und der Kaisergranatbestände in der Kantabrischen See und westlich der Iberischen Halbinsel und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 850/98 zur Erhaltung der Fischereiressourcen durch technische Maßnahmen zum Schutz von jungen Meerestieren	14254/05 + REV 1 (fi) + REV 3 (lv) + REV 3 COR 1 (lv)	144/05, 145/05	Qualifizierte Mehrheit

DEZEMBER 2005			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGELN
Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Tätigkeiten bestimmter Drittländer in der Frachtschiffahrt (kodifizierte Fassung)	PE-CONS 3651/05 + COR 1 (en)		Qualifizierte Mehrheit
Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Qualität der Badegewässer und deren Bewirtschaftung und zur Aufhebung der Richtlinie 76/160/EWG	PE-CONS 3659/05 + REV 1 (lt) + REV 2 (fi) + REV 3 (de) + REV 3 COR 1 (de) + REV 4 (da) + REV 5 (pt)		Qualifizierte Mehrheit
Entscheidung des Rates zur Änderung der Entscheidung 2004/465/EG des Rates über eine finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft an den Fischereiüberwachungsprogrammen der Mitgliedstaaten	15269/05 + COR 1 + COR 2 (fr) + COR 3 + COR 4 (lv)		Qualifizierte Mehrheit
Verordnung des Rates mit technischen Maßnahmen für die Erhaltung der Fischereiressourcen in der Ostsee, den Belten und dem Öresund, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1434/98 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 88/98	15160/05 + COR 1 + COR 2 (lv) + REV 1 (da) + REV 2 (fi) + REV 2 COR 1 (fi)	146/05, 147/05, 148/05, 149/05, 150/05	Qualifizierte Mehrheit

DEZEMBER 2005			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGELN
Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 69/169/EWG hinsichtlich einer befristeten mengenmäßigen Beschränkung für Biereinfuhren nach Finnland	14905/05 + REV 1 (lt)		Qualifizierte Mehrheit
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 974/98 über die Einführung des Euro	14883/05		Einstimmigkeit
Verordnung des Rates zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten und begleitenden Fangbedingungen für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen in den Gemeinschaftsgewässern sowie für Gemeinschaftsschiffe in Gewässern mit Fangbeschränkungen (2006)	16054/05 + COR 1 REV 1 (mt)	151/05, 152/05, 153/05, 154/05, 155/05, 156/05, 157/05, 158/05, 159/05, 160/05, 161/05, 162/05, 163/05, 164/05, 165/05, 166/05, 167/05, 168/05, 169/05, 170/05, 171/05, 172/05, 173/05, 174/05, 175/05, 176/05	Enthaltung SE Qualifizierte Mehrheit
Verordnung des Rates zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten und begleitenden Fangbedingungen für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen in der Ostsee (2006)	16077/05	177/058	Dagegen SE Qualifizierte Mehrheit
Richtlinie des Rates mit Gemeinschaftsmaßnahmen zur Bekämpfung der Aviären Influenza und zur Aufhebung der Richtlinie 92/40/EWG	15146/05 + COR 1 (fi)	178/05	Qualifizierte Mehrheit

ERKLÄRUNG 131/05

Erklärung der Kommission

"Die Kommission nimmt die Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat zur Kenntnis. Die Kommission bedauert die Änderungen, die an Artikel 7 ihres Vorschlags – Bau von Verbindungsleitungen – vorgenommen wurden, und hält an ihrem Standpunkt fest, dass die Rolle der Regulierungsbehörde in Bezug auf Infrastrukturinvestitionen gestärkt werden muss."

ERKLÄRUNG 132/05

Erklärung des Rates zu Artikel 3

"Der Rat ist der Ansicht, dass die Mitgliedstaaten, die Artikel 3 Absatz 3 der Richtlinie anwenden, in Fällen, in denen sie die Prüfung eines Asylantrags nach Artikel 17 der Richtlinie 2001/55/EG des Rates (über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind) aussetzen, auch die Prüfung eines Antrags auf Gewährung anderer Formen internationalen Schutzes, der unter das Verfahren gemäß Artikel 3 Absatz 3 fällt, bis zu dem Zeitpunkt aussetzen können, zu dem diese Aussetzung nicht mehr wirksam ist."

ERKLÄRUNG 133/05

Erklärung des Rates zu Artikel 27

"Mit der Annahme dieser Richtlinie erkennt der Rat unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Rechts- und Verfassungstraditionen an, dass die Rechte des Einzelnen in den Mitgliedstaaten gemäß deren verschiedenen Verwaltungs-, Gerichts- und Rechtssystemen gewahrt werden."

ERKLÄRUNG 134/05

Erklärung des Rates zu Artikel 29

"Der Rat ersucht die Kommission, nach dem Inkrafttreten dieser Richtlinie unverzüglich einen Vorschlag zu unterbreiten, auf dessen Grundlage der Rat eine gemeinsame Minimalliste von Drittstaaten annehmen kann, die von den Mitgliedstaaten als sichere Herkunftsstaaten zu betrachten sind."

ERKLÄRUNG 135/05

Erklärung des Rates zu Anhang II der Richtlinie

"Der Rat hebt hervor, dass er die Abschaffung der Todesstrafe unterstützt, wie es in den Protokollen Nrn. 6 und 13 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten zum Ausdruck kommt. Er erkennt jedoch an, dass bereits ein bedeutender Schritt auf dem Weg zur Abschaffung der Todesstrafe getan wurde, wenn diese nicht mehr verhängt oder vollstreckt wird, und er ermutigt alle Länder, weiter auf diesem Weg voranzuschreiten."

ERKLÄRUNG 136/05

Erklärung Belgiens

"Belgien begrüßt die Annahme der Verordnung, mit der das Register zur Erfassung der Freisetzung und Verbringung von Schadstoffen geschaffen wird.

Auf Grund dieser Rechtsvorschriften wird es der Europäischen Gemeinschaft möglich sein, das im Jahr 2003 in Kiew unterzeichnete UN/ECE Protokoll zum Übereinkommen von Århus zu ratifizieren und auf europäischer Ebene umzusetzen; Belgien hat großes Interesse an diesem Protokoll bekundet.

Die Annahme dieser Verordnung stellt außerdem eine weitere Etappe bei der Umsetzung der Grundsätze des Übereinkommens von Århus, insbesondere für die Säule "Zugang der Öffentlichkeit zu Informationen", dar. Die Annahme wird die Ratifizierung des Protokolls durch die meisten Mitgliedstaaten beschleunigen und sein Inkrafttreten ermöglichen.

Die Bestimmungen des Protokolls werden in dem Verordnungstext unter Berücksichtigung der Besonderheiten europäischer Rechtsvorschriften wiedergegeben.

Zu einem speziellen Aspekt der Verordnung in Bezug auf die diffusen Quellen sind jedoch die nachstehenden Bemerkungen zu machen.

Wir sind der Auffassung, dass unter den in Artikel 8 behandelten Begriff Freisetzungen aus diffusen Quellen auch Verbringungen von Abfällen außerhalb des Standortes fallen.

Wir stellen außerdem fest, dass verschiedene europäische Rechtsvorschriften die Sammlung einer Reihe von Daten über die Erzeugung von gefährlichen und nicht gefährlichen Abfällen erlauben (Verordnung zur Abfallstatistik, Basler Übereinkommen und Verordnung (EWG) Nr. 259/93, Abfallrahmenrichtlinie 75/442/EWG), dass aber weiterhin beträchtliche Lücken bestehen, wenn es darum geht, diese Daten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und sie ihr zur Verfügung zu stellen.

Das PRTR, das durch die vorliegende Verordnung geschaffen wird, wird nur ein partielles Bild der Freisetzungen und Verbringungen von Abfällen bieten, und es ist Vorsicht geboten, wenn diese Daten für die Beschlussfassung oder die Bewertung der durchgeführten politischen Strategien benutzt werden sollen.

Angeichts der beiden oben dargelegten Punkte ist es angezeigt, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten – insbesondere im Rahmen der PRTR-Verordnung – Maßnahmen ergreifen, um die vorhandenen Daten besser zu bewerten und dabei gegebenenfalls die Daten des PRTR zu ergänzen, damit diesen unter Berücksichtigung der in den Erwägungsgründen 3 und 4 der Verordnung genannten Ziele der richtige Stellenwert beigemessen werden kann."

ERKLÄRUNG 137/05

Erklärung der Kommission

"Die Kommission beabsichtigt, zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung die Entscheidung der Kommission über den Aufbau eines Europäischen Schadstoffemissionsregisters (EPER) aufzuheben."

ERKLÄRUNG 138/05

Erklärung der Kommission

"Die Kommission wird möglicherweise für Tätigkeiten, die in Anhang I der IPPC-Richtlinie aufgenommen werden sollten und nicht unter die PRTR-Verordnung fallen, Maßnahmen vorschlagen, um diese neuen Tätigkeiten in die Verordnung aufzunehmen."

ERKLÄRUNG 139/05

Erklärung der Kommission

"Die Europäische Kommission verpflichtet sich bezüglich der Verschiedenartigkeit der in Anhang I aufgelisteten "Anmerkungen", für eine stärkere Kohärenz in diesem Bereich Sorge zu tragen.

Die Kommission vertritt gegenwärtig die Auffassung, dass ad hoc für mehr Klarheit und Kohärenz der Richtlinie 76/769/EWG gesorgt werden kann, indem sämtliche Anmerkungen bezüglich der Etikettierung (sowie die darin enthaltenen Definitionen) in Anhang I gestrichen werden. Diese Anmerkungen bewirken keinerlei zusätzlichen Nutzen im Hinblick auf die Einhaltung der Verpflichtungen bezüglich der Beschränkungen des Inverkehrbringens von als krebserzeugend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsgefährdend eingestuften Stoffen (Kategorien 1 oder 2) für den Verkauf an die Allgemeinheit.

Die Europäische Kommission weist im Übrigen darauf hin, dass alle in der Richtlinie 76/769/EWG enthaltenen Anmerkungen bezüglich der Einstufung beibehalten werden müssen."

ERKLÄRUNG 140/05

Erklärung der Mitgliedstaaten

"Die Mitgliedstaaten verpflichten sich - soweit dies heute absehbar ist - in der Zeit vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2010 nach Kräften darauf hinzuwirken, dass die derzeitige Marge von 10 Prozentpunkten oberhalb des von den Mitgliedstaaten gegenwärtig angewandten niedrigsten Normalsatzes nicht ausgeweitet wird."

ERKLÄRUNG 141/05

Erklärung der Kommission betreffend die Genehmigung der Verwendung von Holzstücken

"Die Kommission stellt fest, dass sie

- gemäß Anhang IV Nummer 4 der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 berechtigt ist, im Wege des Verwaltungsausschussverfahrens Anwendungsbedingungen für Eichenholzstücke bei der Herstellung der Weine festzulegen, was auch die Festlegung der betreffenden Kategorien von Weinen umfasst;
- gemäß Anhang VII Abschnitt B Nummer 1 Buchstabe b im Wege des Verwaltungsverfahrens die Bedingungen festlegen kann, unter denen die Etikettierungen der Tafelweine mit einer geographischen Angabe und der Qualitätsweine b.A. Angaben über die Art der Gewinnung oder das Verfahren für die Herstellung des Erzeugnisses enthalten können.

Sie wird die Möglichkeit prüfen, diese Bestimmungen auf die Verwendung von Eichenholzstücken bei der Herstellung der Weine anzuwenden."

ERKLÄRUNG 142/05

Erklärung der portugiesischen Delegation

"Nach Auffassung Portugals ist die Einigung über die Verordnung und das der Kommission zu erteilende Verhandlungsmandat ein wichtiger Schritt der Europäischen Union zur Erfüllung ihrer politischen Verpflichtung, den illegalen Holzhandel und den illegalen Holzeinschlag zu bekämpfen. Angesichts der globalen Dimension des Marktes für forstwirtschaftliche Erzeugnisse und unter Berücksichtigung der Schlussfolgerungen des Rates vom Oktober 2003 sind wir jedoch der Ansicht, dass die jetzt ergriffenen Maßnahmen dahin gehend weiterentwickelt werden müssen, dass sie einen multilateralen Ansatz ermöglichen, mit dem negative Auswirkungen vermieden werden, die dadurch entstehen, dass der Handel über Länder umgeleitet wird, die keine freiwilligen Partnerschaftsabkommen unterzeichnet haben."

ERKLÄRUNG 143/05

Gemeinsame Erklärung der belgischen, der deutschen und der dänischen Delegation

"Wir messen Initiativen der EU, die darauf abzielen, die Einfuhr illegal geschlagenen Holzes zu verhindern, große Bedeutung bei. Deshalb begrüßen wir nachdrücklich den von der Kommission vorgelegten Vorschlag für eine Verordnung zur Einrichtung eines freiwilligen FLEGT-Genehmigungssystems und die im Anschluss daran von dem niederländischen, dem luxemburgischen und dem britischen Vorsitz geleistete Arbeit. Wir betrachten den vereinbarten Text als wichtigen Schritt – im Rahmen des umfassenderen allgemeinen FLEGT-Aktionsplans – zur Bewältigung des dringenden Problems des illegalen Holzeinschlags und des damit verbundenen Handels.

Allerdings ist bei den Beratungen auch deutlich geworden, dass der in der Verordnung gewählte komplexe Ansatz, mit dem bezweckt wird, Holz illegaler Herkunft gänzlich vom nationalen und internationalen Markt zu bannen, in seiner Wirkung begrenzt ist, da immer die Gefahr besteht, dass illegal geschlagenes Holz in andere Märkte umgeleitet wird. Ferner ist die Gefahr gegeben, dass Produkte illegaler Herkunft, die von Drittländern ausgeführt wurden, in die EU gelangen, nachdem sie in Partnerländern "gewaschen" wurden. Aus diesem Grunde möchten die belgische, die deutsche und die dänische Delegation unterstreichen, dass weiterhin zusätzliche Schritte – insbesondere zur Bewältigung von sich möglicherweise ergebenden Problemen in Bezug auf eine Umleitung – im Benehmen mit den jeweiligen Partnerländern erwogen werden müssen."

ERKLÄRUNG 144/05

Gemeinsame Erklärung von Portugal und Spanien

"Im Rahmen des spezifischen Überwachungsprogramms im Zusammenhang mit der Wiederauffüllung der südlichen Seehecht- und der Kaisergranatbestände in der Kantabrischen See und westlich der Iberischen Halbinsel sollten angemessene Überwachungsmaßnahmen vereinbart werden, um die Kontrollen zu verschärfen und um insbesondere zu gewährleisten, dass die angelandeten Mengen aus diesen beiden Beständen ordnungsgemäß erfasst und registriert werden."

ERKLÄRUNG 145/05

Gemeinsame Erklärung von Rat und Kommission

"Der Rat und die Kommission kommen überein, bis spätestens Dezember 2005 Bestimmungen in die Regelung zur Steuerung des Fischereiaufwands zur Wiederauffüllung der Seehechtbestände westlich der Iberischen Halbinsel aufzunehmen, mit denen sichergestellt wird, dass für den Kaisergranatfang eingesetzte Trawler denselben Fischereiaufwandsbeschränkungen unterliegen wie für den Seehechtfang eingesetzte Fischereifahrzeuge."

ERKLÄRUNG 146/05

Zu Artikel 17 – Erklärung des Rates zur Leinenfischerei auf Lachs in der Ostsee

"Der Rat ersucht die Kommission, bis spätestens Juli 2007 eine wissenschaftliche Bewertung der für die Leinenfischerei auf Lachs in der Ostsee festgelegten Maßnahmen vorzulegen."

ERKLÄRUNG 147/05

Zu Artikel 30 – Erklärung des Rates und der Kommission zur Heringsfischerei zu industriellen Zwecken

"In Anerkennung der Bedeutung der Heringsfischereien in der Ostsee ersucht der Rat die Kommission, die Entwicklung bei diesen Fischereien zu verfolgen und die Auswirkungen der nach Artikel 30 der vorliegenden Verordnung vorgenommenen Änderungen an der Verordnung (EG) des Rates Nr. 1434/98 auf den Heringsbestand und die Heringsfischereien unter Berücksichtigung der in Artikel 19 vorgesehenen Anlandungsbeschränkungen für nicht sortierte Fänge zu bewerten."

ERKLÄRUNG 148/05

Zu Anhang II, Fußnote 3 – Erklärung des Rates und der Kommission zu Beschränkungen des Einsatzes von Baumkurren in der Ostsee

"Der Rat und die Kommission bestätigen, dass die Beschränkungen des Einsatzes von Baumkurren bei bestimmten Fischereien in der Ostsee gemäß Anhang II Bestimmungen zur Gewährleistung der Kontinuität von Rechtsvorschriften darstellen, die derzeit in einigen Mitgliedstaaten dieses Gebiets in Kraft sind und auf Ersuchen dieser Mitgliedstaaten in die gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften aufgenommen werden. Diese Beschränkungen stellen keinen Präzedenzfall für künftige Regelungen dar."

ERKLÄRUNG 149/05

Erklärung des Rates und der Kommission zur Bewirtschaftung der Fischerei auf Flunder und Steinbutt in der Ostsee

"Der Rat und die Kommission erkennen die Notwendigkeit an, die nachhaltige Nutzung der Flunder- und Steinbuttbestände in der Ostsee im Einklang mit den Zielen der GFP sicherzustellen. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission daher beabsichtigt, 2006 einen Vorschlag für Bewirtschaftungsmaßnahmen für die betreffenden Fischereien vorzulegen. Der Rat und die Kommission kommen überein, dass 2006 Sperrzeiten für die Fischerei auf Flunder und Steinbutt beizubehalten sind."

ERKLÄRUNG 150/05

Erklärung des Rates und der Kommission zu Treibnetzen

"Der Rat stellt fest, dass eine eindeutige Definition von "Treibnetz" von Nöten ist, und ersucht die Kommission, 2006 einen Vorschlag für eine einheitliche Definition von "Treibnetz" vorzulegen, die in den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften zur Regelung der Treibnetzfischerei zur Anwendung gelangen sollte. Die Kommission wird in Übereinstimmung mit den Regeln des Vertrags, insbesondere unter angemessener Berücksichtigung ihres Initiativrechts, auf das Ersuchen reagieren."

ERKLÄRUNG 151/05

Erklärung der schwedischen Delegation

Erklärung zur Stimmabgabe bei der Annahme des Vorschlags über die Fangmöglichkeiten für das Jahr 2006

"Gemessen an den biologischen Empfehlungen genügen die vorgeschlagenen Fischereiaufwandbeschränkungen in Anhang III bei weitem nicht den Anforderungen einer verantwortungsvollen Bewirtschaftung der Fischereiressourcen. Ferner stehen sie in keinem Verhältnis zur Kürzung der TAC für Kabeljau in der Nordsee um 15 %. Aus diesem Grund enthält sich Schweden bei der Annahme des Vorschlags über TAC, Quoten und andere Verwaltungsmaßnahmen für das Jahr 2006 der Stimme."

ERKLÄRUNG 152/05

Erklärung Griechenlands

"Griechenland erklärt in Bezug auf die in Anhang I D der Verordnung (Dok. 15489/05 vom 10.12.2005) festgelegte Zuteilung der Gemeinschaftsquoten, insbesondere der griechischen Quote für Roten Thun im Atlantischen Ozean östlich des Längengrads 45D und im Mittelmeer, dass die Quoten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 49/99 des Rates seiner Auffassung nach nicht mehr mit den neuen statistischen Werten vereinbar sind.

Griechenland äußert seine Unzufriedenheit darüber, dass der Rat bei der Zuteilung von Rotem Thun für das Jahr 2006 die neuen Daten, die die wissenschaftliche Realität Griechenlands direkt betreffen, nicht berücksichtigt hat, obwohl die betreffende Menge im Vergleich zum Gemeinschaftsanteil sehr gering ist. Die Fangkapazität Griechenlands für diese Art steht im Einklang mit den abgepass-ten Fangmengen, die in der statistische ICCAT-Übersicht für den Zeitraum ab 1998 aufgeführt sind.

Griechenland bleibt deshalb bei seiner Auffassung, dass die Verordnung Nr. 49/99 unter uneingeschränkter Wahrung des Initiativrechts der Kommission so bald wie möglich überarbeitet werden sollte."

ERKLÄRUNG 153/05

Gemeinsame Erklärung des Vereinigten Königreichs und Irlands zu den Haager Präferenzen

"Das Vereinigte Königreich und Irland sind der Auffassung, dass die Haager Präferenzen einen Bestandteil der relativen Stabilität darstellen und mit ihnen dem Erfordernis entsprochen wird, auf die besonderen Bedürfnisse der Gebiete zu achten, deren Bevölkerung in besonderem Maße von der Fischerei und den damit verbundenen Gewerbebranchen abhängt. Dies wird durch die Gemeinsame Fischereipolitik ausdrücklich anerkannt und ist in den Verordnungen Nr. 170/83 und Nr. 3760/92 des Rates verankert. In der Verordnung Nr. 2371/2002 des Rates wurde es nochmals bestätigt."

ERKLÄRUNG 154/05

Erklärung Belgiens, Dänemarks, Deutschlands und der Niederlande zu den Haager Präferenzen

"Belgien, Dänemark, Deutschland und die Niederlande sind der Auffassung, dass die Schlüssel für die Aufteilung der Quoten auf die Mitgliedstaaten 1983 endgültig vereinbart wurden. Diese Schlüssel bilden die Grundlage der relativen Stabilität, die einen in der Grundverordnung über die Gemeinsame Fischereipolitik festgelegten Grundsatz darstellt. Wir sind der Auffassung, dass die Haager Präferenzen dem Grundsatz der relativen Stabilität zuwiderlaufen."

ERKLÄRUNG 155/05

Erklärung Frankreichs zur Umsetzung der Haager Präferenzen

"Frankreich geht davon aus, dass die Mechanismen zur Aufteilung der Quoten auf die Mitgliedstaaten 1983 beschlossen wurden. Diese Mechanismen bilden die Grundlage der relativen Stabilität, die einen in der Grundverordnung über die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) festgelegten Grundsatz darstellt. Frankreich vertritt die Auffassung, dass die Haager Präferenzen dem Grundsatz der relativen Stabilität zuwiderlaufen. Angesichts einer Ressourcenverknappung und -verringerung führen die Haager Präferenzen zu unvernünftigen zusätzlichen Zuweisungen auf Kosten der anderen Mitgliedstaaten. Frankreich wendet sich gegen die Anwendung der Haager Präferenzen, die dem Grundsatz der relativen Stabilität ebenso zuwiderlaufen wie der derzeitige Kompromiss des Vorsitzes."

ERKLÄRUNG 156/05

Erklärung Spaniens zu den TAC und Quoten für 2006

"Die spanische Delegation erklärt, dass sie nicht mit der Aufteilung der TAC der EU in den Fanggebieten der Nordsee und der Ostsee einverstanden ist. Spanien erhält die Klagen, die das Land beim Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften gegen die Verordnungen (EG) Nr. 2341/2002 und Nr. 2267/2003, in denen Spanien trotz Ablauf der Übergangsfrist keine Quoten in diesen Fanggebieten zugeteilt wurden, erhoben hat, aufrecht und wird eine neue Klage erheben."

ERKLÄRUNG 157/05

Erklärung des Rates und der Kommission zu Blauem Wittling

"Im Zusammenhang mit der Einigung über die Zuteilung von Fangmöglichkeiten für Blauen Wittling für das Jahr 2006 nehmen der Rat und die Kommission zur Kenntnis, dass Dänemark und das Vereinigte Königreich je 3.000 t und Schweden 994 t wie folgt auf die Niederlande, Irland und Deutschland übertragen haben:

Niederlande	–	2.333 t
Irland	–	2.333 t
Deutschland	–	2.328 t."

ERKLÄRUNG 158/05

Erklärung der Kommission zu Blauem Wittling

"Die Kommission erklärt, dass sie nach Konsultation der betroffenen Mitgliedstaaten in Erwägung ziehen wird, geeignete Vorschläge für die Bewirtschaftung der Bestände an Blauem Wittling vorzulegen."

ERKLÄRUNG 159/05

Selektives Schleppnetz in der Bucht von Biskaya

"Die Kommission wird den STECF um Stellungnahme zu den wahrscheinlichen Auswirkungen eines selektiven Schleppnetzes mit Maschenöffnungen zwischen 70 und 99 mm und einem 100 mm großen Quadratmaschenfenster auf den Seehechtbestand in der Bucht von Biskaya bitten, ehe sie seine dauerhafte Einführung vorschlägt."

ERKLÄRUNG 160/05

Heringshai I-XIV

"Der Rat und die Kommission erkennen die Dezimierung des Heringshaibestands (*Lamna nasus*) an. Der Rat ersucht die Kommission, im ersten Halbjahr 2006 einen Vorschlag vorzulegen, der sowohl die direkte Befischung dieses Bestands und die Beifänge bei der Fischerei nach anderen Arten regelt als auch auf eine multilaterale Bewirtschaftung dieser und anderer Haiarten im Rahmen der entsprechenden RFO abzielt.

Zu diesem Zweck kann die Kommission die Mitgliedstaaten um zusätzliche Informationen über entsprechende Fangtätigkeiten und Fischereiflotten bitten."

ERKLÄRUNG 161/05

Langfristiger Bewirtschaftungsplan für Hering im ICES-Bereich VI a (Nord)

"Der Rat ersucht die Kommission, 2006 so bald wie möglich einen Vorschlag für einen langfristigen Plan zur Bewirtschaftung der Heringsbestände im nördlichen Teil des ICES-Bereichs VI a vorzulegen.

Ein solcher Plan sollte unter anderem Zielvorgaben für die fischereiliche Sterblichkeit bei geeigneten Altersgruppen, eine jahresübergreifende Schwankung bei der zulässigen Gesamtfangmenge und einschlägige Bestimmungen für Umsetzung und Überwachung vorsehen. Dieser Plan sollte sich auf das wissenschaftliche Gutachten des ICES stützen und die Stellungnahme des pelagischen RAC berücksichtigen. Der Rat stimmt der Annahme eines langfristigen Bewirtschaftungsplans, der die oben genannten Elemente enthält, vorbehaltlich der Stellungnahme des Europäischen Parlaments zu."

ERKLÄRUNG 162/05

Mindestgröße

"Der Rat und die Kommission erklären, dass die Mindestgrößen für Kaisergranat (*Nephrops norvegicus*), Seeteufel (*Lophius spp.*), Teppichmuschel (*Ruditapes philippinarium*) und Wellhornschnecke (*Buccinum undatum*) im Rahmen der Überprüfung und gegebenenfalls Änderung der Verordnung (EG) Nr. 850/98 zur Erhaltung der Fischereiressourcen durch technische Maßnahmen zum Schutz von jungen Meerestieren überprüft werden müssen."

ERKLÄRUNG 163/05

Anträge auf Abweichungen von der in den Anhängen II A, II B und II C aufgeführten

Höchstzahl von Tagen

"Die Kommission wird alle Anträge auf Abweichung von der Höchstzahl der Tage gemäß den Anhängen II A, II B und II C zügig prüfen, insbesondere bei

- Kiemennetzen und verwickelnden Netzen mit einer Maschengröße von weniger als 110 mm, wenn der Anteil Kabeljau an der Fangmenge in allen Bereichen unter 5 % liegt,
- Scherbrettnetzen mit einer Maschengröße zwischen 70 und 99 mm im östlichen Ärmelkanal und in der Nordsee,
- Schiffen, die den Hafen weniger als 24 Stunden verlassen und in den Bereichen II, IV und VII d mit Spiegelnetzen mit einer Maschengröße von weniger als 110 mm fischen,

damit sie so bald wie möglich im Laufe des Jahres 2006 eingeführt werden können.

Entsprechende Anträge sind von den betreffenden Mitgliedstaaten ordnungsgemäß zu begründen. Die Kommission wird den STECF zu den Auswirkungen dieser Anträge auf die Erholung der betroffenen Bestände anhören, ehe sie entscheidet, ob Abweichungen gerechtfertigt sind."

ERKLÄRUNG 164/05

Flexibilität bei der TAC für Seeteufel in Bereich VII

"In Bezug auf die Flexibilität bei der TAC für Seeteufel in Bereich VII, die in Bereich VIII abgefangen werden darf, erklären der Rat und die Kommission, dass eine solche Flexibilität nur dann angemessen ist, wenn es sich nur um geringfügige Mengen handelt, die Fänge aus derselben vom STECF definierten biologischen Bestandseinheit stammen, die Gebiete aneinander grenzen und die betroffenen Mitgliedstaaten eine diesbezügliche Einigung erzielt haben."

ERKLÄRUNG 165/05

Erklärung der Kommission zur Steuerung des Fischereiaufwands im Kattegat

"Die Kommission begrüßt die Vorschläge der Industrie zur Bestandsbewirtschaftung im Kattegat durch eine Begrenzung des Fischereiaufwands anstatt einer Begrenzung der Fänge. Die Kommission wird diese Vorschläge im Hinblick auf die Einführung einer solchen Regelung als Pilotprojekt zum frühestmöglichen Zeitpunkt im Jahr 2006 prüfen."

ERKLÄRUNG 166/05

Erklärung des Rates zu Maßnahmen für eine verbesserte Umsetzung der GFP

"Der Rat ist sich der Risiken bewusst, die von einer schlechten Umsetzung der Bewirtschaftungs- und Erhaltungsbestimmungen, insbesondere im Hinblick auf die empfindlichsten Bestände, für die Nachhaltigkeit des Fischereisektors ausgehen.

Deshalb fordert der Rat die Kommission auf, einen Vorschlag für harmonisierte Maßnahmen bei Nichteinhaltung dieser Bestimmungen, insbesondere der Vorschriften für die Begrenzung des Fischereiaufwands, die spezielle Fangerlaubnis und die Wiederauffüllungs- und Bewirtschaftungspläne, vorzulegen. Zu diesen Maßnahmen könnten eine Anpassung der den Fischereifahrzeugen oder Fischern unter diesen Voraussetzungen zugeteilten Fischereirechte sowie eine Änderung, Aussetzung oder der Entzug der speziellen Fangerlaubnis gehören. Die Maßnahmen werden die Nichteinhaltung spezieller Vorschriften betreffen, wirksam, angemessen und abschreckend sein."

ERKLÄRUNG 167/05

Erklärung des Rates und der Kommission zur Regelung der Hochseefischerei mit Kiemennetzen

"Der Rat und die Kommission sind sich darin einig, dass die Kenntnisse über die Auswirkungen der Fischerei mit Kiemennetzen, verwickelnden Netzen und Spiegelnetzen in Gewässern mit einer Tiefe von mehr als 200 m verbessert werden müssen und vereinbaren, dass Maßnahmen zur Regelung der Fischerei vor dem Hintergrund wissenschaftlicher Gutachten und unter Berücksichtigung der Art der jeweils eingesetzten Fanggeräte zu treffen sind. Die Kommission wird den STECF bitten, die verfügbaren einschlägigen Informationen zu überprüfen, so dass zum frühestmöglichen Zeitpunkt geeignete Maßnahmen vorgeschlagen werden können."

ERKLÄRUNG 168/05

Erklärung der Kommission zur Korrektur der TAC für Seeteufel in den Gebieten IIa (EG-Gewässer), IV (EG-Gewässer), Vb (EG-Gewässer), VI, XII, und XIV

"Sollte der STECF nach der Analyse gemäß Artikel 5 Absatz 6 eine Korrektur der in diesem Artikel genannten Fangbeschränkungen empfehlen, so wird die Kommission eine solche Korrektur zum frühestmöglichen Zeitpunkt zur Annahme vorschlagen."

ERKLÄRUNG 169/05

Erklärung des Rates zum Fischereiaufwand bei Tiefseebeständen

"Der Rat schließt sich der Ansicht an, dass Tiefseebeständen gegenwärtig zu stark befischt werden, und ersucht die Kommission, im Laufe des Jahres 2006 in Übereinstimmung mit den internationalen Verpflichtungen eine weitere Reduzierung sowie eine Mehrjahresstrategie zur schrittweisen Reduzierung des Fischereiaufwands auf ein nachhaltiges Niveau vorzuschlagen. Bei der Frage, in welchem Umfang der Fischereiaufwand zu reduzieren ist, sollte den Risiken einer Verknappung der Fischbestände, auf die in wissenschaftlichen Gutachten hingewiesen wird, Rechnung getragen werden."

ERKLÄRUNG 170/05

Erklärung Frankreichs zur Mindestgröße von Rotem Thun im Ostatlantik/Mittelmeer

"Frankreich hält die unterschiedlichen Vorgaben zur Mindestgröße für Roten Thun des Ostatlantiks/Mittelmeers (*Thunnus thynnus*), je nachdem, ob er im Atlantik oder im Mittelmeer vorkommt, für nicht vereinbar mit den Bestimmungen für die Bewirtschaftung dieses einheitlichen Bestandes und mit den wissenschaftlichen Gutachten. Diese Unterscheidung führt zu einer ungerechtfertigten Diskriminierung von Fischern in der Gemeinschaft und zu beträchtlichen Schwierigkeiten bei der Umsetzung, da sie das Nebeneinanderbestehen von zwei Größen für ein und dieselbe Art auf ein und demselben Markt gestattet. Frankreich ist gegen die Einführung zweier unterschiedlicher Mindestgrößen für Roten Thun im Ostatlantik und im Mittelmeer, die im Widerspruch zu den biologischen Gutachten zu diesem Bestand steht, ebenso wie der gegenwärtige Kompromiss des Vorsitzes."

ERKLÄRUNG 171/05

Erklärung Frankreichs zur Umsetzung der dänischen Präferenzen

"Frankreich ist der Ansicht, dass die Anwendung des Mechanismus der "dänischen Präferenzen" die Fischer der anderen Mitgliedstaaten benachteiligt. Dieser Mechanismus zum Ausgleich der Reduzierung der dänischen Fangmöglichkeiten für Makrele hat vor dem Hintergrund einer Bestandsverknappung und -verringerung zu einer unverhältnismäßigen Kürzung für die französischen Fischer geführt. Frankreich wendet sich gegen die Anwendung der dänischen Präferenzen, die im Widerspruch zum Grundsatz der relativen Stabilität stehen, ebenso wie der gegenwärtige Kompromiss des Vorsitzes."

ERKLÄRUNG 172/05

Erklärung Frankreichs zum Fehlen einer vollständigen Aufteilung von Schellfisch und Wittling

"Frankreich ist der Auffassung, dass das Bestehen einer Quote für die Industriefischerei ohne Aufteilung auf die Mitgliedstaaten parallel zur Aufteilung der TAC auf die Mitgliedstaaten, dem Grundsatz der relativen Stabilität zuwiderläuft und zu einer Ungleichbehandlung der Mitgliedstaaten führt, für die es keine ausreichende Begründung gibt. Frankreich wendet sich gegen diese Ausnahmebehandlung der Industriefischerei, die im Widerspruch zum Grundsatz der relativen Stabilität steht, ebenso wie der gegenwärtige Kompromiss des Vorsitzes."

ERKLÄRUNG 173/05

Erklärung des Rates zur künftigen Entwicklung der Fangmöglichkeiten im Einklang mit dem Durchführungsplan des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung (Johannesburg, 2002)

"Der Rat ersucht die Kommission, ihm und dem Europäischen Parlament eine Mitteilung über die Umsetzung der Ergebnisse des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung (Johannesburg, 2002), insbesondere mit Bezug auf Nummer 31 des Durchführungsplans, vorzulegen."

ERKLÄRUNG 174/05

Erklärung des Rates zum schrittweisen Ansatz in der Frage der Nachhaltigkeit

"Der Rat bekräftigt sein Eintreten für eine Fischereibewirtschaftung im Zeichen einer nachhaltigen Nutzung der lebenden Meeresressourcen; nur unter dieser Voraussetzung ist es möglich, zu nachhaltigen Umweltbedingungen und nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen zu gelangen.

Im Anschluss an die Anpassungen der Fangmöglichkeiten für 2006 sagt der Rat weitere jährliche Anpassungen in dem Sinne zu, wie sie wissenschaftlichen Gutachten zufolge erforderlich sind, damit sich sämtliche für die Gemeinschaft fischereiwirtschaftlich relevanten Bestände innerhalb sicherer biologischer Grenzen bewegen, was die Laicherbiomasse und die fischereiliche Sterblichkeit betrifft."

ERKLÄRUNG 175/05

Erklärung des Rates zur Anwendung harmonisierter Bedingungen für spezielle Fangerlaubnisse

"Der Rat nimmt mit tiefer Besorgnis Kenntnis von den Berichten über das große Ausmaß der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Befischung von Beständen, an denen die Gemeinschaft ein Interesse hat. Der Rat ersucht die Kommission, einen Vorschlag für harmonisierte Bedingungen für die Erteilung von speziellen Fangerlaubnissen und ihrer Aussetzung oder ihrem Entzug im Falle der Nichteinhaltung der mit ihr verbundenen Verpflichtungen vorzulegen, der verhältnismäßig und in ausreichendem Maße abschreckend ist.

Der Rat ist der Auffassung, dass harmonisierte Bedingungen für die speziellen Fangerlaubnisse so früh wie möglich im Jahr 2006 angenommen werden sollten, sobald die Stellungnahme des Europäischen Parlaments zu den Vorschlägen vorliegt."

ERKLÄRUNG 176/05

Erklärung Belgiens, Dänemarks, Deutschlands, Estlands, Spaniens, Frankreichs, Litauens, der Niederlande, Portugals, Schwedens und des Vereinigten Königreichs zur Vereinfachung der Meldepflichten der Kapitäne von Schiffen, die den Maßnahmen zur Wiederauffüllung der Kabeljau- und Seezungenbestände unterliegen

"Die oben genannten Delegationen ersuchen die Kommission, dem Rat eine Vereinfachung der Meldepflichten der Kapitäne von Schiffen, die den Maßnahmen zur Wiederauffüllung der Kabeljau- und Seezungenbestände unterliegen, vorzuschlagen, insbesondere was die Verpflichtung anlangt, bei jedem Ein- und Auslaufen der mit einem Satellitenüberwachungssystem ausgerüsteten Schiffe in das bzw. aus dem Wiederauffüllungsgebiet eine Aufwandsmeldung zu übermitteln."

Erklärung der schwedischen Delegation

Erklärung zur Stimmabgabe Schwedens

Fangmöglichkeiten in der Ostsee für das Jahr 2006

"Die Lage des Kabeljaubestands in der Ostsee muss ernst genommen und eine nachhaltige Bestandsbewirtschaftung erreicht werden. Der ICES hat für den östlichen Kabeljaubestand eine zulässige Gesamtfangmenge (TAC) von 14.900 t empfohlen. Schweden unterstützt einen ganzheitlichen Ansatz bei der Bestandsbewirtschaftung, bei dem mehrere der uns zur Verfügung stehenden Instrumente, wie TAC, reduzierter Fischereiaufwand und effiziente Kontrolle, Anwendung finden.

Die Verordnung führt nicht zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung. Schweden hat deshalb beschlossen, gegen die Annahme zu stimmen. Die TAC für den östlichen Kabeljaubestand ist viel zu hoch festgesetzt worden. Die Fischereiaufwandsbeschränkungen für das Jahr 2006 stellen im Vergleich zu diesem Jahr keine Reduzierung dar. De facto führt die jetzt angenommene Verordnung zu einer Erhöhung sowohl der Fänge als auch des Fischereiaufwands.

Da die über das Fangverbot während der Laichsaison hinausgehenden Fangverbotstage nicht für alle Mitgliedstaaten gleich sind, können die Tage in Zeiträume mit traditionell geringen Fängen gelegt werden. Da sich ständig fangberechtigte Schiffe in dem Gebiet befinden werden, verringern sich die Möglichkeiten für eine effiziente Kontrolle. Außerdem führt die Verordnung zu großen Schwierigkeiten bei der Beseitigung von so genannten herrenlosen Fischernetzen in den traditionellen Fanggebieten."

ERKLÄRUNG 178/05

Erklärung der Kommission

"Die Kommission wird die Maßnahmen, die in der heute vom Rat gebilligten neuen Richtlinie mit Gemeinschaftsmaßnahmen zur Bekämpfung der aviären Influenza festgelegt sind, und insbesondere diejenigen Maßnahmen, die die niedrigpathogene aviäre Influenza (LPAI) betreffen, ständig überprüfen.

Gegebenenfalls wird die Kommission unter Berücksichtigung der Erfahrungen, die in Bezug auf die Seuchenbekämpfung im Zuge der Umsetzung der Richtlinie gesammelt werden, sowie der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse über diese komplexe Seuche, der künftigen internationalen Entwicklungen und der OIE-Standards notwendige Änderungen an den neuen Maßnahmen vorschlagen."

DEZEMBER 2005	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Am 1. Dezember 2005 abgeschlossenes schriftliches Verfahren	
Gemeinsame Aktion des Rates zur Änderung der Gemeinsamen Aktion 2005/355/GASP betreffend die Beratungs- und Unterstützungsmission der Europäischen Union im Zusammenhang mit der Reform des Sicherheitssektors in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) in Bezug auf die Einleitung eines Projekts für technische Unterstützung bei der Verbesserung der Zahlungskette des Verteidigungsministeriums der DR Kongo Dok. 13953/05	
2695. Tagung des Rates (Verkehr, Telekommunikation, Energie) vom 1. und 5. Dezember 2005	
Beschluss des Rates zur Änderung des Beschlusses 1999/70/EG über die externen Rechnungsprüfer der nationalen Zentralbanken hinsichtlich der externen Rechnungsprüfer der Central Bank and Financial Services Authority of Ireland Dok. 14239/05	
Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Leitlinien für die transeuropäischen Energienetze und zur Aufhebung der Entscheidung 96/391/EG und der Entscheidung Nr. 1229/2003/EG Docs 10720/05 + COR 1 (fr) + COR 2 (es) + COR 3 (fi) + COR 4 (pl) + COR 5 (lt) + ADD 1, 13336/05 + ADD 1	
2696. Tagung des Rates (Justiz und Inneres) vom 1. und 2. Dezember 2005	
Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels Dok. 12402/3/05 REV 3	

DEZEMBER 2005	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
2697. Tagung des Rates (Umwelt) vom 2. Dezember 2005	
Entscheidung des Rates über die Auswirkungen des Beitritts der Tschechischen Republik und der Republik Polen zur Europäischen Union auf die Beteiligung der Europäischen Gemeinschaft am Vertrag über die Internationale Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung sowie an der Vereinbarung über die Internationale Kommission zum Schutz der Elbe Dok. 13673/05	
Beschluss des Rates über die Unterzeichnung – im Namen der Europäischen Gemeinschaft – des Protokolls "Bodenschutz", des Protokolls "Energie" und des Protokolls "Tourismus" zur Alpenkonvention Dok. 14218/05 + REV 1 (pt) + REV 1 COR 1 (pt)	
Beschluss des Rates zum Abschluss des UN/ECE-Protokolls über Register zur Erfassung der Freisetzung und Verbringung von Schadstoffen im Namen der Europäischen Gemeinschaft Dok. 10799/2/05 REV 2 + REV 2 COR 1 (de), 14492/05 + ADD 1	
Verordnung des Rates zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren von granuliertem Polytetrafluorethylen (PTFE) mit Ursprung in Russland und der Volksrepublik China Dok. 14375/05	Dagegen: EE, FI, ES, UK Enthaltung: DK, CZ
2698. Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 6. Dezember 2005	
Beschluss des Rates über den Abschluss des Übereinkommens über die Beteiligung der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik am Europäischen Wirtschaftsraum und an den vier Nebenabkommen Dok. 11902/1/03 REV 1	

DEZEMBER 2005	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Beschluss des Rates über den Abschluss des Vertrags zur Gründung der Energiegemeinschaft durch die Europäische Gemeinschaft Dok. 13886/1/05 REV 1 2699. Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) vom 8. und 9. Dezember 2005 Beschluss des Rates über die Genehmigung des Übereinkommens zum internationalen Delphinschutzprogramm durch die Europäische Gemeinschaft Dok. 14204/05 + COR 1 (fi) + COR 2 + REV 1 (es) Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens in Form eines Briefwechsels über die vorläufige Anwendung des Protokolls zur Festlegung der Fangmöglichkeiten und des Finanzbeitrags nach dem Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Seychellen über die Fischerei vor der Küste der Seychellen für die Zeit vom 18. Januar 2005 bis zum 17. Januar 2011 Dok. 13538/05 + REV 1 (lv) Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Zusatz von Vitaminen und Mineralstoffen sowie bestimmten anderen Stoffen zu Lebensmitteln Dok. 9857/05 + REV 1 (lt) + REV 2 (et) + COR 1 (es) + COR 2 (el) + COR 3 (pl) + COR 4 (de) + ADD 1 + ADD 1 COR 1, 14793/05 + ADD 1 Gemeinsamer Standpunkt im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel Dok. 9858/05 + COR 1 (el) + COR 2 (el) + COR 3 (de) + REV 1 (hu) + REV 2 (da) + ADD 1 + ADD 1 COR 1 (en), 14795/05 + ADD 1	Dagegen: DK

DEZEMBER 2005	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
2700. Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen) vom 12. Dezember 2005	
Gemeinsamer Standpunkt des Rates über spezifische restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, die der Beteiligung an der Ermordung des ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten Rafiq Hariri verdächtig sind Dok. 14485/05 Gemeinsame Aktion des Rates zur Unterstützung der Maßnahmen der OVCW im Rahmen der Umsetzung der Strategie der Europäischen Union gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen Dok. 13781/05 Beschluss des Rates zur Durchführung des Gemeinsamen Standpunkts 2004/179/GASP betreffend restriktive Maßnahmen gegen die Führung der transnistrischen Region der Republik Moldau Dok. 15061/05 Beschluss des Rates zur Festlegung der Reihenfolge für die Wahrnehmung des Vorsitzes im Rat Docs 15256/05, 15377/05 + ADD 1 + ADD 2 Beschluss des Rates über die Ernennung des Sonderkoordinators für den Stabilitätspakt für Südosteuropa Dok. 14952/05 • Beschluss des Rates über den Abschluss eines Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Korea gemäß Artikel XXIV Absatz 6 und Artikel XVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 Dok. 13185/05 • Verordnung des Rates betreffend die Umsetzung des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Korea gemäß Artikel XXIV Absatz 6 und Artikel XVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 Dok. 14685/05	

DEZEMBER 2005	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
2702. Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei) vom 20., 21. und 22. Dezember 2005	
Beschluss des Rates über den Abschluss eines Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Thailand gemäß Artikel XXVIII des GATT 1994 über die Änderung der in der EG-Liste CXL im Anhang des GATT 1994 vorgesehenen Zugeständnisse hinsichtlich Reis Dok. 15215/05, 15726/05	Enthaltung: EL,IT,PT
Beschluss des Rates betreffend die Genehmigung des Beitritts der Europäischen Atomgemeinschaft zu einem Rahmenübereinkommen über die internationale Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung im Bereich der Kernenergiesysteme der vierten Generation Dok. 14929/05	
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1480/2003 des Rates zur Einführung eines endgültigen Ausgleichszolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren bestimmter elektronischer Mikroschaltungen, so genannter DRAMs (dynamische Schreib-Lesespeicher mit wahlfreiem Zugriff) mit Ursprung in der Republik Korea Dok. 15026/05	Dagegen: NL, SE Enthaltung: FI,LT,UK
Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung eines Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Belarus zur Änderung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Belarus über den Handel mit Textilwaren Dok. 15236/05	
Beschluss des Rates zum Abschluss eines Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien mit Maßnahmen zur gegenseitigen Liberalisierung des Handels, zur Änderung des Assoziationsabkommens EG-Jordanien und zur Ersetzung der Anhänge I, II, III und IV des Assoziationsabkommens sowie der Protokolle Nr. 1 und 2 zu dem Assoziationsabkommen Dok. 14972/05 + COR 1 (en), 15320/05	
Beschluss des Rates zur Änderung des Beschlusses 2001/264/EG über die Annahme der Sicherheitsvorschriften des Rates Dok. 13627/05 + REV 1 (sv)	

DEZEMBER 2005	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Beschluss des Rates zur Änderung des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) zur Ermöglichung von Finanzierungen in der Mongolei Dok. 14789/05 Beschluss des Rates über den Abschluss des Zusatzprotokolls zum Abkommen über Handel, Entwicklung und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Südafrika andererseits anlässlich des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zur Europäischen Union Dok. 12075/05 + ADD 1 (en) Beschluss des Rates über den Abschluss von Abkommen in Form von Briefwechseln zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Bulgarien sowie Rumänien über gegenseitige präferenzielle Handelszugeständnisse für bestimmte Weine und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 933/95 Dok. 16330/1/04 REV 1 Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 384/96 des Rates über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern Doc. 15357/05 + COR 1 (en) + COR 2 (fr) Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1467/2004 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Polyethylenterephthalat (PET) mit Ursprung in unter anderem der Volksrepublik China Dok. 15875/05 + REV 1 (lt) Beschluss des Rates über den Abschluss - im Namen der Europäischen Gemeinschaft - des Übereinkommens über die Zollfreiheit für integrierte Multichip-Schaltungen (MCP) Dok. 13973/05 + COR 1 (sl)	

DEZEMBER 2005	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
- Beschluss des Rates über den Abschluss eines Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Japan gemäß Artikel XXIV Absatz 6 und Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 Dok. 13190/05 + COR 1 + COR 2 (pt) + REV 1 (cs) - Verordnung des Rates betreffend die Umsetzung des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Japan gemäß Artikel XXIV Absatz 6 und Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 Dok. 15190/05 - Beschluss des Rates über den Abschluss eines Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Neuseeland gemäß Artikel XXIV Absatz 6 und Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 über die Änderung der Zugeständnisse in den Länderlisten der Verpflichtungen der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik im Zuge des Beitritts dieser Staaten zur Europäischen Union Dok. 15709/05 + COR 1 + REV 1 (pl) - Verordnung des Rates zur Durchführung des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Neuseeland gemäß Artikel XXIV Absatz 6 und Artikel XXVIII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1994 über die Änderung der Zugeständnisse in den Länderlisten der Verpflichtungen der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik im Zuge des Beitritts dieser Staaten zur Europäischen Union zur Ergänzung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif Dok. 15710/05	

DEZEMBER 2005	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Beschluss des Rates zur Durchführung des Gemeinsamen Standpunkts 2004/694/GASP betreffend weitere Maßnahmen zur Unterstützung der wirksamen Ausführung des Mandats des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) Dok. 15803/05 - Gemeinsamer Standpunkt des Rates zur Aktualisierung des Gemeinsamen Standpunkts 2001/931/GASP über die Anwendung besonderer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Aufhebung des Gemeinsamen Standpunkts 2005/847/GASP Dok. 15756/05 - Beschluss des Rates zur Durchführung von Artikel 2 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Aufhebung des Beschlusses 2005/848/EG Dok. 15750/05	